

lieren, und deshalb müßten Fachleute, Ingenieure und junge Arbeiter mehr als bisher die Erziehung im Bunde beeinflussen. Auch den Offizieren der Armee falle dabei eine wichtige Rolle zu. Man erkennt in dieser Rede wieder den Grundzug des Programms, das Gomulka mit Zähigkeit verfolgt: geduldige Umerziehung des polnischen Volkes zum Kommunismus. Gomulka ist der erste kommunistische Führer, der den

Kampf gegen die Kirche überwiegend in der Form geistiger Auseinandersetzung führt, wenn er auch der Kirche nicht die gleichen Waffen zugesteht. Dennoch darf man kaum hoffen, daß in Polen für die weltweite Kraftprobe zwischen dem Christentum und dem Kommunismus Spielregeln oder Kampfregeln entwickelt werden, die mehr als taktisch sind und die Modellcharakter für die Zukunft gewinnen können.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die kommunistischen Einflüsse im Irak

Die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten, die Erstarkung der Kommunisten im Irak, haben im Schatten der Berlinkrise relativ wenig Beachtung gefunden. Die weltpolitische Bedeutung dieser Entwicklung ist heute noch kaum abzuschätzen. Für den arabischen Raum selbst stellt die Erstarkung der Kommunisten im Irak ein Ereignis dar, dessen Wirkungen nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Gleichgültig ob die Kommunisten im Irak an die Macht kommen werden oder nicht, die Tatsache, daß sie zu einem entscheidenden politischen Faktor werden konnten, bleibt bestehen. Wie konnte es dazu kommen?

Revolutionen haben im Nahen Osten nur selten eindeutige politische Vorzeichen. In den arabischen Staaten bezeichnen sich Revolutionäre grundsätzlich als arabische Nationalisten, die ihre Heimat von der — meist fiktiven — Herrschaft der Imperialisten befreien wollen. Da es in keinem arabischen Staat wirkliche politische Parteien gibt, die auch eine Basis in den breiten Schichten der Bevölkerung haben (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 532), sondern nur politische Interessengruppen, ist es auch selten, daß eine Revolution von einer einzigen Gruppe getragen wird. Die einzelne Gruppe, vornehmlich das Militär, vermag einen Staatsstreich durchzuführen, sie muß aber irgendwann ein Bündnis mit anderen Gruppen eingehen, um regieren zu können. Meistens verhält es sich jedoch so, daß schon bei der Machtübernahme mehrere oft heterogene Gruppen zusammenwirken.

Die Juli-Revolution

Die Juli-Revolution im Irak kann in dieser Hinsicht beinahe als Musterbeispiel gelten. Durch die fatale Innenpolitik der Regierung Nuri es Said, die keinerlei Form der Opposition duldete, konnte es so weit kommen, daß alle Oppositionsparteien, soweit man von Parteien sprechen darf, sich darin einig waren, daß sie notfalls mit Gewalt die Regierung beseitigen wollten. Die rein faktischen Hintergründe der Revolution sind bis heute unbekannt und werden vielleicht nie erforscht werden können. Sie ergab sich jedoch beinahe zwangsweise aus der politischen und sozialen Struktur des Irak (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 532) und wurde von Gruppen von Offizieren durchgeführt, denen eine bestimmte politische Bindung nicht nachzuweisen ist — vielleicht bestand auch keine. Einig waren sich die Initiatoren des Staatsstreichs nur in ihrem Wunsch, die Regierung zu beseitigen.

Der blutige Umsturz wurde von allen „Oppositionspar-

teien“ unterstützt. Alle, die aus irgendeinem Grunde mit der Regierung Nuri es Said unzufrieden waren — und das waren sehr viele —, versprachen sich von ihrer Beseitigung eine größere politische Bewegungsfreiheit und nicht zuletzt einen angemessenen Teil an der Regierung, wenn nicht gar eine politische Vormachtstellung im Staate. Zudem waren die Verhältnisse so weit gediehen, daß keine politische Veränderung die Situation der Oppositionspolitiker hätte verschlimmern können.

Die Revolutionsregierung hatte sehr bald die Sympathien der Straße gewonnen. Die „Straße“ ist bei allen Revolutionen im arabischen Orient ein wesentlicher Faktor. Sie steht fast nie unter bestimmten politischen Einflüssen. Sie kann durch Geld gekauft werden (was in jüngster Zeit jedoch schwieriger wird) oder durch bestimmte Parolen, für die die Straße immer zugänglich ist, in Verbindung mit der Aussicht auf straffreies Plündern oder auch nur auf straffreies Toben. Die Straße kann nur vom Militär, jedoch nicht durch Polizeigewalt gezügelt werden. Da die Militärs die Straße herausholten, war der Sieg der Revolution gewiß.

Nach vollzogenem Staatsstreich ergab sich im Irak folgende komplexe innenpolitische Situation: Die Regierungsgewalt lag in Händen von Militärs, die zwar gemeinsam eine Regierung gestürzt hatten, aber kein gemeinsames politische Programm besaßen. Die Kräfte, die bisher die Macht ausgeübt hatten, die Feudalherren und ihre Klientel, der schwache Hof und die nicht sehr zahlreichen Anhänger der gestürzten Regierung, wurden gemeinsam von Straße und Militär ihrer geringen Macht beraubt. Die „politischen Parteien“ begannen sich zu konstituieren, wobei jede einen möglichst großen Teil der Straße und des Militärs für sich zu gewinnen suchte.

Die politischen Strömungen

Die Revolution wurde unter der Losung des arabischen Nationalismus durchgeführt. Diese Losung ist denkbar ambivalent, denn der „Nationalismus“ der Araber ist vor allem eine emotionelle Regung; auch die gestürzte Regierung durfte sich nationalistisch nennen.

Man könnte die irakisch-arabischen Nationalisten nach zwei Merkmalen unterscheiden: Die einen — vielleicht eine Minderheit — suchen den Anschluß an die Vereinigte Arabische Republik, die anderen wünschen einen autonomen irakischen Staat. Zu letzteren ist die sehr bedeutsame Gruppe jener zu zählen, die für den Irak einen politischen Führungsanspruch im Raum des fruchtbaren Halbmond (Irak, Syrien, Jordanien) behaupten wollen. Zu dieser Richtung gehörte auch der ermordete Ministerpräsident Nuri es Said.

Beide Strömungen waren nach der Revolution in der Regierung vertreten. Während Ministerpräsident Kassem für die Autonomie des Irak eintrat — der fruchtbare Halbmond wurde bisher nicht erwähnt —, verfocht Oberst Aref, mit dem er sich zu Beginn in der Regierung teilte und der inzwischen zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, eine Politik des Anschlusses an die Vereinigte Arabische Republik. Er wurde hierin von der nationalsozialistischen Baath-Partei (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 336) unterstützt, die auch in Syrien den Anschluß an Ägypten betrieben und schließlich erzwungen hat. Als dritte Strömung sind neben einigen rechtsradikalen Gruppen die Kommunisten und die ihnen nahestehenden Organisationen zu nennen. Die KP war im Irak bis zur Revolution politisch fast bedeutungslos. Sie verfügte über politisches Gewicht nicht durch die Macht, die sie darstellte, sondern durch ihre Bündnispolitik. Sie war gleich den anderen Parteien zur Illegalität verurteilt und konnte — wie sie das überall zu tun pflegt — auf diese Weise eine ganze Reihe von illegalen Oppositionsgruppen unterwandern.

Die kommunistische Partei

Die Kommunisten unterstützten grundsätzlich die Revolution und später den Ministerpräsidenten Kassem, weil sie unter der Regierung Kassem viel größere Aussichten haben, zu einem späteren Zeitpunkt an die Macht zu kommen, als in einem Irak, der nur noch eine Provinz der Vereinigten Arabischen Republik wäre.

Zudem entspricht es den sowjetischen Wünschen, wenn der Irak außerhalb der Einflußzone Nassers bleibt, denn ein ökonomisch selbständiger Nasser wäre für die Sowjets ein sehr viel schlechterer Bundesgenosse.

Wie gesagt, ist die KP im Irak vor der Revolution denkbar schwach gewesen. Man sprach von 3000 Mitgliedern, und auch diese Zahl ist vielleicht zu hoch. Die KP war schlecht organisiert und litt wahrscheinlich auch unter einer Parteispaltung.

Es war jedoch vorauszusehen (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 532), daß im Falle einer Revolution die KP eine der wenigen Parteien sein würde, die vom ersten Tag an eine politische Organisation präsentieren könnte. Durch die Revolution ist die KP im Irak nach oben gespült worden, und zwar weniger die Partei selbst — dazu ist sie noch zu schwach — als die von ihr unterwanderten Oppositionsgruppen bzw. ihre zahlreichen Tarnorganisationen. Es scheint der KP sehr bald gelungen zu sein, einen Teil der „Straße“ unter ihre Kontrolle zu bekommen und auch milizartige Organisationen zu schaffen, was in einem Lande, das von inneren Machtkämpfen zerrissen wird, von größter Bedeutung ist.

Abgesehen vom Kampf gegen die Anhänger des gestürzten Regimes, hatte die Regierung ihren Kampf gegen die Anhänger Nassers durchzuführen. Bei diesen Auseinandersetzungen konnte sich die Regierung vor allem auf die Kommunisten stützen. Die sonstigen politischen Kräfte, die für eine Autonomie des Iraks sind, mögen zwar sehr stark gewesen sein, sie sind zum großen Teil jedoch mit den Anhängern des gestürzten Regimes identisch. Den irakischen Kommunisten dagegen war es möglich, die Straße von ihrem bisherigen Idol Nasser abzuwenden, indem sie Kassem als den großen arabischen Helden herausstellten.

Die Folgen des Aufstandes von Mosul

Bis zu dem Aufstand in Mosul war der Einfluß der Kommunisten begrenzt. Die Regierung versuchte sogar, so scheint es wenigstens, ihren Einfluß einzuschränken, indem sie u. a. versuchte, die Volksmilizen unter die Kontrolle des Militärs zu stellen. Die Revolte in Mosul begann mit einer Kundgebung der „Friedenspartisanen“, einer kommunistisch gelenkten Organisation, am 6. März 1959. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Anhängern der nationalsozialistischen Baath-Partei und den „Friedenspartisanen“. Dabei wurde einer der hervorragendsten Führer der „Friedenspartisanen“, Dr. Kazandschi (ein Katholik), ermordet. Diese Zusammenstöße führten zu einer Revolte, als der Kommandant der 5. Brigade, Oberst Schawaf, für die Baathisten und Nasseristen Partei ergriff, Teile der Bevölkerung bewaffnete und eine Gegenregierung ausrief. In welchem Maße die Vereinigte Arabische Republik an diesem Aufstand beteiligt war, ist nur schwer zu ermitteln. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, nachdem das Hauptquartier der Aufständischen in Mosul von Regierungsflugzeugen bombardiert worden war. Bis zum Eintreffen der regierungstreuen Truppen hatten Angehörige der „Volkswiderstandsbewegung“ gegen die Aufständischen gekämpft und in den ersten Tagen nach der Niederschlagung des Aufstandes auf eigene Faust „Säuberungen“ durchgeführt.

Die Politik General Kassem und seiner Anhänger wurde durch den Aufstand in Mosul und durch die folgenden offenen Angriffe Nassers nach links forciert. Kassem hatte sich der Nasseristen entledigen wollen, um die Unabhängigkeit des Iraks zu erhalten. Er mußte sich dabei auf die Kommunisten und Sozialisten stützen und außerhalb des Landes die Unterstützung der Sowjetunion suchen, um die Linke im Innern wirklich zu gewinnen und um sich gegen vorauszusehende Angriffe Nassers zu decken, der selber von der Sowjetunion abhängig war. Hätte Kassem die Hilfe der Westmächte in Anspruch genommen, dann hätte ihn Nasser als einen Nachfolger Nuri es Saids abgestempelt, und er hätte auch die Unterstützung der irakischen Linken verloren. Solange Kassem keine direkte Einmischung Nassers zu befürchten hatte, konnte er damit rechnen, die numerisch schwachen Kommunisten eines Tages auszuschalten, um so mehr als der Irak finanziell nicht auf fremde Hilfe angewiesen ist. Der Angriff Nassers auf Kassem zwang diesen schließlich dazu, sowohl die Hilfe der Sowjetunion als auch die Hilfe der Kommunisten im Innern ziemlich bedingungslos anzunehmen — wobei es zur Nahostpolitik der Sowjets gehört, scheinbar keine Bedingungen zu stellen.

Der Aufstand in Mosul hat die „Volkswiderstandsbewegung“ legitimiert, so daß die Kommunisten über eine legale bewaffnete Macht im Land verfügen, die mit der Armee nicht nur konkurriert, sondern auch sehr viel unabhängiger als die Armee operieren kann.

Kassem war nicht zuletzt unter dem Druck der Kommunisten gezwungen, auch die gemäßigten Anhänger Nassers aus der Regierung und aus der Armee zu entfernen, so daß schließlich nur noch die schwachen bürgerlich-nationalen Kräfte und die äußerste Linke blieben, mit denen die Regierung zusammenarbeiten kann. Der starke Linksdrall ist dabei kaum aufzuhalten: Die gemäßigten Gruppen werden von den Kommunisten, soweit sie sie nicht unterwandern können, als reaktionär

denunziert. Da es keine dieser Gruppen auf einen Machtkampf mit den Kommunisten ankommen lassen kann, sind sie gezwungen, den Kommunisten wenigstens in einem gewissen Maße nachzugeben.

Die kommunistische Taktik

Die kommunistische Taktik hat sich im Irak außerordentlich gut bewährt. Das ist wenigstens zum Teil auf die besonderen Verhältnisse im Nahen Osten zurückzuführen, wo den Kommunisten der Weg durch zahlreiche sozial-schwärmerische Bewegungen bereitet wurde und wo ihnen keine ideologisch durchgebildete Bewegung hinderlich werden konnte (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 529 ff.). Diese Situation richtig einzuschätzen und zu nutzen war nicht sonderlich schwierig, um so mehr, als sich die arabischen Politiker der Illusion hingaben, die numerisch schwachen Kommunisten könnten nie zu einer ernsthaften Gefahr werden, solange es genügte, einige Hundert von ihnen zu internieren, um den Parteiapparat lahmzulegen. (Dies ist seit 1950 in Wirklichkeit nie mehr gelungen.)

Die irakische KP ist wie alle kommunistischen Parteien eine Kaderpartei. Sie war nach der Revolution viel zu schwach, um mehr als eine bescheidene Rolle spielen zu können. Obgleich die Partei nun legal war, war es doch unmöglich, die Zahl der Parteimitglieder wesentlich zu erhöhen, da es nicht genügte, einfach neue Mitglieder aufzunehmen, die dann den Anforderungen der Partei nicht gewachsen gewesen wären. Es blieb der Partei also der bewährte Weg, die „Straße“ zu gewinnen, und was wichtiger war, „Fronten“ zu schaffen, deren Mitglieder keine Kommunisten waren, die aber von Kommunisten dirigiert wurden.

Gerade bei diesem System zeigen sich die Vorteile einer disziplinierten Kaderpartei. Sofort nach der Revolution wurden „fortschrittliche“ Organisationen geschaffen. Ihr großer Zulauf erklärt sich weniger aus dem Umstand, daß viele irakische Araber mit den Kommunisten sympathisierten, als daß das politische Leben unter Nuri es Said praktisch lahmgelegt war und viele angesichts der neugewonnenen politischen Freiheit irgendeiner Bewegung beitreten wollten, in der sie ihren meist sehr vagen politischen Wünschen Ausdruck verleihen konnten. Zudem ist der einzelne in einer Revolution und den ihr folgenden Wirren allein hilflos. Er gewinnt jedoch eine gewisse Sicherheit, wenn er irgendeiner Gruppe beitrifft, die das Vertrauen der herrschenden Kreise genießt und die von ihm kaum mehr als einen Mitgliedsbeitrag verlangt, ihn dafür aber sichtbar in Form eines Abzeichens legitimiert und ihn vor Übergriffen anderer schützen kann. Die Kommunisten hatten eine Vielzahl solcher Organisationen zu bieten, und zwar solche, die bereits auf internationaler Ebene bestanden, wie z. B. die „Friedenspartisanen“, oder solche, die nach bewährtem Muster geschaffen wurden, wie die „Progressiven Rechtsanwälte“, die „Freien Studenten“, der „Demokratische Frauenbund“ usw.

Auch auf die wenigen Gewerkschaften haben die Kommunisten entscheidenden Einfluß gewinnen können. In dem industriearmen Irak (nur die Ölindustrie ist wirklich entwickelt) spielen die Gewerkschaften noch keine sonderliche Rolle. Aber in den durch das Industrialisierungsprogramm der Regierung zu schaffenden neuen Indu-

strien werden die Kommunisten von Anfang an die Schlüsselpositionen innehaben.

Die einzelnen Organisationen überschneiden sich für gewöhnlich, was ihre vielseitige Verwendung ermöglicht. Die Gefahr der Unterwanderung ist relativ gering, weil diese Technik im Orient eigentlich nur von den Kommunisten beherrscht wird. Da die Fronten völlig offen arbeiten und die Verbindung zur Partei auf ein Minimum reduziert wird, bieten sie auch nur wenige Angriffsflächen. Sie sind als Massenorganisationen aufgebaut, bei denen die Unsicherheitsmomente von Anfang an mit einkalkuliert sind.

Die Fronten sind auch im Nahen Osten nichts Neues. Sie bestanden zum größten Teil schon seit dem Ende der vierziger Jahre. Überraschend ist jedoch der Erfolg, mit dem die Kommunisten sie im Irak einsetzen konnten.

Auch die „Volkswiderstandsbewegung“ oder die Volksmilizen sind keine kommunistische Erfindung. Im ganzen arabischen Orient gibt es seit mehr als 20 Jahren paramilitärische Organisationen. Volksmilizen wurden von Nasser in großem Ausmaß in Ägypten und später in Syrien geschaffen. Sie wurden weniger um ihrer militärischen Werte willen organisiert, vielmehr als ein Mittel, breite Kreise des Volkes in militärischen Verbänden zu erfassen, die von der Regierung und ihren Anhängern kontrolliert werden. Die Milizen sind mit den lokalen Verhältnissen vertraut, kennen jeden Einwohner des Ortes, in dem sie aufgestellt werden, und sind so, solange sie loyal bleiben, ein besserer Schutz gegen Aufstände als die Armee. Sie haben in gewissem Maß Polizeibefugnisse und können auf diese Weise zu einem Instrument des Terrors werden (wie es z. B. in Mosul geschah), ohne daß die Organe der Regierung in Erscheinung zu treten brauchen. Derartige Milizen können zu Räuber- und Erpresserbanden werden, was ihnen den Zulauf krimineller Elemente sichert.

Auch im Irak wurden nach ägyptischem Muster Volksmilizen gebildet, die das Revolutionsregime sichern sollten. Den Kommunisten muß es von Anfang an gelungen sein, bestimmte Schlüsselstellungen zu besetzen. Wahrscheinlich waren sie die einzige Gruppe, die sich zielbewußt einschaltete, was über die „Fronten“ nicht sonderlich schwer gewesen sein dürfte. Auch hier ist das Vorhandensein des Apparates und der Kader und die revolutionäre Erfahrung von entscheidender Bedeutung gewesen.

Der Einfluß der Kommunisten in der Armee ist nicht bekannt. Vor der Revolution hat es im Offizierskorps, wenn überhaupt, dann nur sehr wenige Parteimitglieder gegeben. Das dürfte auch heute noch so sein. Dafür ist aber die Zahl der Sympathisierenden gestiegen, während die entschiedenen Gegner der Säuberung zum Opfer fielen.

Die kommunistischen Parteien im Nahen Osten bemühten sich in den letzten Jahren um eine Proletarisierung der Partei. Das Schwergewicht liegt aber auch heute noch bei den Intellektuellen, und die Schwerpunkte der Partei liegen in den großen Städten. Auf dem Lande konnten die Kommunisten fast nirgends Fuß fassen, denn der arabische Bauer war keinen politischen Ideen zugänglich; dazu war seine Not und seine wirtschaftliche Abhängigkeit zu groß. Die Bauern haben auch heute kaum jene Stufe erreicht, auf der ein Mensch politisch ansprechbar wird.

Die Landreform, die im Irak auf genossenschaftlicher

Basis organisiert werden soll, scheint nun den Kommunisten eine Tür geöffnet zu haben. Es werden „Bauernvereinigungen“ gegründet, und es ist naheliegend, daß die Bauern angesichts der bevorstehenden Landverteilung von diesen neuen Vereinigungen, die eher einen gewerkschaftlichen Charakter haben, gewisse Vorteile erwarten. Gleichzeitig treten die Kommunisten in Konkurrenz zur Regierung, der die Landverteilung obliegt. Gerade bei der Bildung der Bauernvereinigungen zeigen sich gewisse Widerstände, an denen sich erkennen läßt, daß die Regierung noch keineswegs gewillt ist, den Kommunisten überall freie Hand zu lassen. So schreibt zum Beispiel die Zeitung der irakischen KP, „Ittihad as Schaab“: „Sie (d. h. die Bauernvereinigungen) sind etwas anderes als Bauernkooperative, schon aus dem Grund, weil die Landreform nur etwa die Hälfte aller Bauern erfassen wird, so daß nur die Hälfte in die staatlichen Kooperative eingliedert werden kann. Bauernvereinigungen sind etwas Ähnliches wie Gewerkschaften für die Arbeiter. Beide haben das gemeinsame Ziel, die Republik und ihre Er rungenschaften zu schützen. Applikationen mit Hunderttausenden von Unterschriften von Bauern aus dem ganzen Irak sind eingereicht worden, in denen um die Erlaubnis, solche Vereinigungen zu bilden, gebeten wurde. Obgleich die Autoritäten ähnliche Erlaubnisse, demokratische Organisationen zu bilden, einer Reihe von öffentlichen Körperschaften erteilt haben, werden den Bauern weiterhin die Lizenzen vorenthalten. Manche Leute wundern sich darüber und fragen sich, was wohl die Autoritäten dazu bewogte, eine solche passive Haltung einzunehmen“ (nach „Neue Zürcher Zeitung“, 19. 4. 59).

Die Minderheiten

Der Irak ist ein Land mit großen Minderheiten. Es gibt eine starke nationale Minderheit, die indogermanischen, aber sunnitischen Kurden, die ca. 18 Prozent der Bevölkerung ausmachen und die (nicht ohne Gewalt) zu einem gewissen Maß nationaler Autonomie streben. Es gibt eine starke religiöse Minderheit, die arabischen Schiiten, die ca. 40 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber 60 Prozent der arabischen Bevölkerung ausmachen und die sich nach dem schiitischen Persien orientieren. Es gibt eine kleine türkische Minderheit im Norden, und es gibt Christen aller Denominationen (ihre Zahl wird mit 150 000 bis 300 000 angegeben). Eine der Merkwürdigkeiten der irakischen Bevölkerungsstatistik ist die, daß die Mehrheit, die sunnitischen Araber, in Wirklichkeit eine Minderheit sind, da man die sunnitischen Kurden nur wegen ihrer Religion zu den Sunniten zählen kann.

Die Minderheitenpolitik der bisherigen irakischen Regierungen war repressiv. Die Schiiten wurden als Bürger zweiter Klasse behandelt, die Kurden geradezu unterdrückt (die Juden flohen), und die christlichen Minderheiten je nach Lage der Dinge behandelt. Es ist daher kein Wunder, daß der überwiegende Teil der Minderheiten für die irakische Regierung Feindschaft empfand und sich zu keinerlei Loyalität verpflichtet fühlte. Eine derartige Verpflichtung empfand noch nicht einmal die Mehrheit der sunnitischen Araber.

Es ist kaum wahrscheinlich, daß die Minderheiten nach der Juli-Revolution für die Regierung Kassem größere Sympathien empfanden als für die gestürzte Regierung, um so mehr, als es den Anschein hatte, daß ein Anschluß an die Vereinigte Arabische Republik lediglich eine

Frage der Zeit und Gelegenheit sei. Die Revolutionsregierung trug diesen Gegebenheiten Rechnung, indem sie von Anfang an versuchte, die Minderheiten zu gewinnen. General Kassem hat sich denn auch mehr um die Kurden bemüht als je ein irakischer Regierungschef zuvor. Die Zahl der kurdischen KP-Mitglieder entsprach bisher kaum dem kurdischen Bevölkerungsanteil, obgleich die Kurden zuweilen Kontakte mit der Sowjetregierung pflegten (so z. B. während des Kurdenaufstandes im Jahre 1947).

Auch die Christen sind im Irak kaum stärker in der kommunistischen Partei vertreten als anderswo im Orient. Dagegen dürften gerade in den „Fronten“ vor allem aus dem oben erwähnten Sicherheitsbedürfnis zahlreiche Christen anzutreffen sein. Jede Bewegung, die den Minderheiten eine gewisse Gleichberechtigung versprechen kann, hat die besten Aussichten, diese für sich zu gewinnen. Daher ist auch die Anziehungskraft der Linksparteien auf die Christen des Orients zu verstehen. Die sozialistischen Bewegungen und die Kommunisten können das besser als die arabischen nationalistischen Parteien, deren Nationalismus oft dem Islam, wenigstens in kultureller Hinsicht, gleichgesetzt wird.

General Kassem bemüht sich in mancherlei Hinsicht um die Christen. Am 13. April 1959 wurde Najib as Sayegh, ein katholischer Christ, der 1947 als Repräsentant der christlichen Minorität in Mosul ins Parlament gewählt worden war, zum Botschafter des Irak im Libanon ernannt. Diese Ernennung hat natürlich ihre besonderen Gründe: Da die Sunniten im Libanon überwiegend Nasseristen sind, versucht Kassem seine Beziehungen zu den libanesischen Katholiken, die die Unabhängigkeit des Libanons gegenüber der Vereinigten Arabischen Republik zu wahren suchen, möglichst freundschaftlich zu gestalten (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 405).

Während des Aufstandes in Mosul waren es die Kurden und Christen, die in und zusammen mit der nationalen „Widerstandsbewegung“ für die Regierung Kassems kämpften. Während dieser Kämpfe wurde ein christliches Dorf von den Schammar-Beduinern geplündert und teilweise zerstört.

Eine gewisse Beunruhigung löste die Repatriierung einiger Hundert Kurden aus, die nach dem Kurdenaufstand im Jahre 1947 nach der Sowjetunion geflohen waren. Diese könnten tatsächlich zu einem prosowjetischen Kern unter den Kurden werden. Es ist aber noch nicht einmal gewiß, daß alle von ihnen Kommunisten sind, und ein längerer Aufenthalt in der Sowjetunion ist nicht immer geeignet, etwa vorhanden gewesene Sympathien zu stärken. Die Kurden haben allerdings nie gezögert, und das wird auch in Zukunft so bleiben, die Hilfe der Sowjetunion für ihre nationalen Aspirationen in Anspruch zu nehmen. Die von der Sowjetunion geleistete Hilfe war jedoch nie sonderlich groß, und zeitweise war man in Moskau den Kurden gegenüber recht gleichgültig.

Es bleibt abzuwarten, welche Haltung die Regierung (und die Bevölkerung) gegenüber der christlichen Minderheit annehmen wird. Vorerst ist die Haltung der Regierung positiv, und es bestehen vielleicht berechnete Hoffnungen, daß die Situation der Christen sich wenigstens nicht verschlechtern wird. Auch die Kommunisten werden sich für die volle Gleichberechtigung der christlichen Minderheit einsetzen. Allerdings ist zu befürchten, daß die Regierung in nicht allzu ferner Zukunft sich gegen die

christlichen Missionen wenden wird. Bisher ist von derartigen Tendenzen jedoch nichts bekannt geworden.

Kommunistische Machtergreifung?

Es ist zur Zeit kaum möglich, die faktische Macht der Kommunisten richtig einzuschätzen. Die Nachrichten aus dem Irak sind nur sehr spärlich und unzuverlässig, die Nachrichten aus Ägypten noch unzuverlässiger. Nach den ägyptischen Berichten ist der Irak längst kommunistisch. Davon kann jedoch kaum die Rede sein.

Die Kommunisten beherrschen heute einen großen Teil des öffentlichen Lebens, und sie beherrschen durch ihre Presse einen Teil der öffentlichen Meinung (doch pflegen die Araber Zeitungen nicht sonderlich ernst zu nehmen). Die Kommunisten verfügen über eine gewisse militärische Macht. Das alles sind günstige Voraussetzungen für eine kommunistische Machtergreifung.

Doch gibt es immer noch starke Faktoren, die gegen eine baldige Machtergreifung der Kommunisten wirken: Die Partei ist zu klein und einer derartigen Aufgabe nicht gewachsen. Auch können die Kommunisten nicht mit einer direkten militärischen Hilfe der Sowjetunion rechnen. Kommunisten und Sozialisten der verschiedenen Schattierungen arbeiten zwar in den Fronten zusammen, aber die Zeit zur Schaffung einer „Sozialistischen Einheitspartei“ ist wohl noch nicht reif. Auch Sowjetrußland dürfte eine offene und womöglich gewaltsame Machtergreifung der Kommunisten kaum wünschen, denn diese würde nicht nur die irakische Bevölkerung, sondern auch die Bevölkerung der übrigen Staaten des Nahen Ostens beunruhigen und sie auf eine Gefahr aufmerksam machen, vor der sie bisher willig die Augen geschlossen hatten, um die sowjetische Wirtschaftshilfe mit besserem Gewissen annehmen zu können.

Die Revolution im Irak war eine „Revolution von oben“, sie wurde zwar vom Volke gebilligt, aber weder vom Volke getragen noch durchgeführt, und auch die meisten derjenigen, die sie herbeigeführt haben, haben nicht daran gedacht, daß das Ende eine Volksdemokratie sein könnte. Unter solchen Umständen könnte ein Attentat auf Kassem das politische Bild radikal verändern.

Die Regierung selbst ist wohl noch weit davon entfernt, kommunistisch zu sein. Der Irak erhält zwar (nach den Verträgen zu schließen) eine weit größere Wirtschaftshilfe als Ägypten, deswegen ist Kassem aber genauso wenig ein Kommunist wie Nasser. Im Gegensatz zu Nasser kann Kassem jedoch auf die russische Wirtschaftshilfe verzichten, ohne daß dies zu einer wirtschaftlichen und militärischen Katastrophe führen müßte.

Die irakischen Kommunisten streben heute viel mehr danach, eine möglichst starke Position im Staate zu erringen, als die Regierung selbst zu übernehmen. Das schließt freilich nicht aus, daß die Kommunisten sich in zunehmendem Maße für eine Mitbeteiligung an der Regierung interessieren, zumal eine Neuverteilung der Ministerposten allmählich fällig ist. Anstelle des alten „Development Board“, das abgeschafft wird, soll dieses Amt durch sieben neue Ministerien ersetzt werden: Planung, Petrol usw.

Eine prosovietische Regierung Kassem, die auf die Hilfe der Kommunisten angewiesen ist, sichert den Kommunisten die Möglichkeit, ihre Partei ungehindert auszubauen und die von ihnen geschaffenen Massenorganisationen zu stärken. Auch in ihrem Kampf gegen Nasser ist Kassem ein viel besseres Aushängeschild als etwa ein kommunistischer

Ministerpräsident. Sie werden daher die Regierung Kassem, die der syrische Kommunistenführer Bagdash als „bürgerlich-demokratisch“ bezeichnete, mit aller Gewalt verteidigen und sich so als vaterlandsliebende Demokraten erweisen.

Das gegenwärtige Regime im Irak ist sehr viel stärker, als es das Regime Mossadeghs in Persien seinerzeit war. Das schließt aber nicht aus, daß die Regierung Kassem eines Tages genauso überraschend gestürzt wird. Die Folgen jedoch werden sich im Irak sowenig wie in Persien ungeschehen machen lassen: Die Kommunisten hörten auf, eine kleine und obskure illegale Partei zu sein, sie haben die Schranken, die sie von den Massen trennten, durchbrochen.

Die Reaktion der arabischen Welt

Die Vorgänge im Irak blieben nicht ohne Einfluß auf die übrigen arabischen Länder, vornehmlich auf die Vereinigte Arabische Republik. Nach der Juli-Revolution hatte man mit Sicherheit damit gerechnet, daß ein baldiger Anschluß an die Vereinigte Arabische Republik erfolgen würde. Es wurden Kultur- und Verteidigungsabkommen zwischen beiden Staaten abgeschlossen; das irakische Unterrichtssystem wurde dem ägyptischen angeglichen und eine nicht geringe Zahl ägyptischer Lehrer und militärischer Ausbilder nach dem Irak geschickt. Als im Laufe des Winters die Anhänger Nassers aus ihren Positionen verdrängt wurden und von einem Anschluß nichts mehr zu hören war, wurden die Beziehungen zwischen beiden Staaten zwar kühler, doch verhielt sich Nasser ungewöhnlich zurückhaltend, wie es scheint aus Rücksicht auf die Sowjetunion (zu dieser Zeit wurde gerade über die Finanzierung des Assuan-Staudammprojektes verhandelt). Die erste ägyptische Reaktion richtete sich nicht gegen Kassem, sondern gegen die Kommunisten in Ägypten und Syrien. Diese setzten sich auch in Syrien für eine Loslösung Syriens von Ägypten ein. Erst nach dem mißlungenen Aufstand in Mosul kam es zu einem offenen Konflikt zwischen dem Irak und der Vereinigten Arabischen Republik. Die gegenseitigen, unausbleiblichen Beschuldigungen zwischen Bagdad und Kairo entbehren nicht der Ironie: Nasser wurde von den Kommunisten, sowohl von den arabischen als auch von den sowjetischen, als Faschist bezeichnet, der eine ägyptische Gewaltherrschaft unter dem Deckmantel des arabischen Nationalismus über alle arabischen Staaten aufrichten wolle. Andererseits nannte Nasser Kassem einen sowjetischen Nuri es Said, einen östlichen Imperialisten und dergleichen mehr. So sagten die Kommunisten von Nasser das, was die Amerikaner ein Jahr zuvor während der Libanonkrise von ihm gesagt hatten, und Nasser nennt die Kommunisten mit dem Namen, den sie von den „Imperialisten“ schon lange vorher erhalten hatten.

Was Nasser dazu bewog, eine Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu riskieren, ist ungewiß. Er konnte sich allerdings zu Recht sagen, daß er für die Sowjetunion als „neutraler Antiimperialist“ immer noch zu wertvoll sei — wertvoller vielleicht als Kassem. Man darf aber auch nicht übersehen, daß Diktatoren nur selten zögern, ihr Vaterland dem Ruin preiszugeben, wenn sie ihre Ziele nicht erreichen können, und, was nicht weniger gefährlich ist: Diktatoren sind im allgemeinen Hasardeure.

In der Folge stellte Nasser seinen gesamten Propagandaapparat auf „antikommunistisch“ um: Es wurden Massen-

kundgebungen gegen den Verräter Kassem und seine bolschewistischen Handlanger abgehalten (mit der gleichen Begeisterung, wie man ähnliche Kundgebungen gegen Nasser in Bagdad abhielt). Dabei wurde die Türe zu einer besseren arabisch-sowjetischen Verständigung immer offengehalten.

Am Rande dieser Vorgänge ergab sich ein bemerkenswertes Detail: Der Rektor der Al-Azhar-Universität in Kairo, Machmud Schaltut, und seine Gelehrten wandten sich an alle übrigen muslimischen Gelehrten, sich wie ein Mann zu erheben, um den Islam gegen die Gefahren, die ihm im Irak erstanden sind, zu verteidigen. Die muslimischen Gelehrten (das sind die einzigen religiösen Autoritäten) sollten dafür Sorge tragen, daß die Muslimen ihren Glauben und ihre Religion gegen die gottlosen Ideen verteidigen. Alle muslimischen Länder sollten an die Gefahr denken, daß die „Zeit der Unwissenheit“ (das ist die vorislamische Epoche) zurückkehren könnte. Es soll auch ein „Fetwa“ (das ist ein theologisches Rechtsgutachten) gegen den „atheistischen Materialismus“ verfaßt worden sein. Damit waren die Kommunisten gemeint, sie wurden aber nicht genannt. Dieses Fetwa, dessen Text uns leider nicht vorliegt, wurde in der Presse fälschlich als Aufruf zum „Heiligen Krieg“ gegen den Kommunismus interpretiert. Derartige Rechtsgutachten werden von den Machthabern nach Bedarf bestellt und meistens auch pünktlich geliefert. Das gleiche gilt für den Aufruf zum „Heiligen Krieg“, der nur noch von wenigen ernst genommen wird und kaum mehr als eine Geste darstellt.

Die irakischen Ulemahs taten ähnliches: Über Radio Bagdad wurde ein Aufruf an die ägyptischen Ulemahs verbreitet, in dem diese aufgefordert wurden, es Nasser nicht zu gestatten, die Religion für seine persönlichen Zwecke zu mißbrauchen. Gleichzeitig verwehrten sich die sunnitischen Ulemahs im Irak gegen die Unterstellung, daß das Bagdader Regime kommunistisch sei oder daß es im Irak eine antireligiöse Propaganda gäbe. Auch diesem Fetwa kommt schließlich keine größere Bedeutung zu als dem der Gelehrten von Kairo.

Es ist selbstverständlich, daß die religiösen Behörden der Vereinigten Arabischen Republik Ergebnisadressen an ihre Regierung und Verwünschungen gegen ihre Feinde richten. Aber es scheint doch so zu sein, daß Nasser wieder stärker die religiösen Gefühle der Ägypter und Syrer anzusprechen versucht, nachdem er diese seit einiger Zeit etwas vernachlässigt hatte. Das ist kein ungefährlicher Schritt, denn die Kreise, die Nasser am stärksten unterstützt hatten, standen links und vor allem im Lager der „Aufgeklärten“. Wenn Nasser die Sympathien dieser Gruppe verliert, dann kann er sich nur noch auf jene „reaktionären“ Gruppen stützen, die er seit Jahren zu liquidieren versuchte. Im übrigen sind weder der Islam noch die muslimischen Ulemahs ein Schutz gegen den Kommunismus: Die von Nasser zerschlagene Muslimische Bruderschaft arbeitet in Syrien zusammen mit den Kommunisten gegen Nasser.

Die anderen arabischen Staaten, vornehmlich der Libanon und der Sudan, nehmen eine sehr viel distanziertere Haltung ein. Sie wünschen keine arabische Einheitsfront gegen den Irak unter ägyptischer Führung, denn sie sehen das Gegengewicht zu Kairo in Bagdad nicht ungern. Im übrigen werden sich viele arabische Politiker noch daran erinnern, daß es Nasser war, der den Russen im Nahen Osten die Tore geöffnet hat.

Probleme des Krankenschwesternberufs

Daß es heute ein Schwesternproblem gibt, ist bekannt. Es ist das gleiche Problem, unter dem fast alle „dienenden Berufe“ in der modernen Gesellschaft leiden. Ja man darf sagen, daß auch alle anderen beruflichen Tätigkeiten, die ihrem Ansatz nach der Empirie, der Geschichtslosigkeit, der Rechenhaftigkeit und Mechanik, dem Utilitarismus und Pragmatismus des technischen Geistes der Moderne fremd und feindlich gegenüberstehen, von diesem Problem betroffen werden. Häufig findet dieser Sachverhalt sein sichtbares Zeichen in der sozialen Unterprivilegierung solcher allein dem Geist, der Wahrheit und der Liebe verpflichteten Tätigkeiten und Berufe. Ihre soziale Deklassierung hat Folgen, die sich fast immer in schwindenden Nachwuchszahlen ausdrücken.

Die Gefahr besteht freilich, daß die einzelne Beobachtung verallgemeinert und im negativen Sinne schablonisiert wird, ohne daß dadurch an den bestehenden Verhältnissen auch nur im geringsten etwas zum Besseren geändert würde. Wie schwierig und komplex im einzelnen z. B. die sog. Mangellage des europäischen Seelsorgeklerus in Wirklichkeit ist, hat erst unlängst J. J. Dellepoort (in „Wort und Wahrheit“, April 1959, S. 245—255) deutlich gemacht. Änderungen im positiven Sinne setzen voraus, daß die tatsächlichen Verhältnisse unvoreingenommen festgestellt und analysiert werden. Die kausalen Verflechtungen, die zwischen der jeweiligen Situation eines Berufes und der modernen industriellen Welt bestehen, bloßzulegen, ist eine weitere Aufgabe für alle diejenigen, die davon überzeugt sind, daß die gegenwärtige Krise unserer Lebensformen nicht eine endgültige, sondern nur Ausdruck des Umbruchscharakters unserer Zeit ist.

In diesem Sinne haben sich die bayerischen Diözesen entschlossen, einem der brennendsten und aktuellsten Probleme zu Leibe zu rücken: der besonderen Problematik des Krankenschwesterberufes heute. Der „Tag der Schwester“ wurde erstmals in diesem Jahre in der Erzdiözese München-Freising auf Veranlassung ihres Erzbischofs, Josef Kardinal Wendels, am 8. März 1959 begangen. Bei dieser Gelegenheit gab Robert Svoboda OSC, Freiburg i. Br., einen allgemeinen Bericht über die Situation der Krankenschwester in Deutschland.

Der äußere Bestand

Um die derzeitige Lage der Krankenschwester zu verstehen — und das gilt nicht nur für Deutschland —, muß man sich darüber im klaren sein, daß die Entwicklung dieses Berufes seit dem Mittelalter doppelgleisig verlief, daß zumindest verschiedene Impulse zusammenwirkten, die das Bild der Krankenschwester von heute bestimmt und geprägt haben. Seit der Französischen Revolution wurde diese Entwicklung im kirchlichen Raum getragen von Ordensgründern, meist volksnahen Seelsorgern und einfachen Frauen, denen die Not der Menschen am Herzen lag. Zu dem Mitleid der Barmherzigkeit gesellte sich die soziale Verantwortung und das Helfenwollen. Aus diesem Impuls entstand im kirchlichen Bereich Deutschlands ein Anstaltswesen „wie in keinem anderen Lande“. 1876 zählte man in Deutschland 13 904 geprüfte Pflegepersonen und Heildiener, darunter 5733 Ordensschwestern und 1760 Diakonissen, also 3,01 Pflegekräfte auf je 10 000 Einwohner. Vor dem zweiten Weltkrieg stieg die Zahl